8.5 Hauptausschuss

Am 27. November 2013 beantragten CDU/CSU und SPD bis zur Konstituierung der ständigen Fachausschüsse erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages einen sog. Hauptausschuss zu bilden. Grund dafür war zum einen die ungewöhnlich lange Zeit der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD sowie die angekündigte anschließende bundesweite Befragung der SPD-Mitglieder über die Bildung einer Regierungskoalition mit der CDU/CSU.

Der Hauptausschuss war ein Ausschuss im Sinne der Artikel 45, 45a und 45c Grundgesetz und übernahm zugleich die Aufgaben eines Haushaltsausschusses. Die Zuständigkeiten des Hauptausschusses wurden durch Überweisungen des Plenums des Deutschen Bundestages begründet. Dabei wurde das Selbstbefassungsrecht ausdrücklich ausgeschlossen.

Dem Hauptausschuss gehörten an: CDU/CSU 23 Mitglieder, SPD 14, DIE LINKE. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 5 Mitglieder. Den Vorsitz übernahm Bundestagspräsident *Norbert Lammert* (CDU/CSU) bzw. in Stellvertretung einer der Vizepräsidenten jeweils ohne Stimmrecht. Mit der Konstituierung der ständigen Ausschüsse am 15. Januar 2014 wurde der Hauptausschuss aufgelöst.

Dass lediglich 47 von insgesamt 631 Abgeordneten einen Sitz im Hauptausschuss hatten und somit einem Großteil der Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit zur Mitwirkung am parlamentarischen Prozess vorenthalten wurde, stieß auf verfassungsrechtliche Bedenken, zumal ein solcher Hauptausschuss weder im Grundgesetz noch in der GO-BT erwähnt wird. Diese Bedenken wurden jedoch von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD mit Verweis auf den bloß temporären Charakter des Hauptausschusses überstimmt und als „demokratisches Experiment“ (Plenarprotokoll 18/3, S. 78) beworben.¹

Diese bis dahin einmalige Errichtung eines Hauptausschusses wiederholte sich bereits in der darauffolgenden 19. Wahlperiode. Am 21. November 2017 beschloss der Bundestag die Einsetzung eines Hauptausschusses mit je 47 ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern, der mit der Konstituierung der ständigen Ausschüsse am 31. Januar 2018 aufgelöst wurde. Den Vorsitz übernahm Bundestagspräsident *Wolfgang Schäuble* (CDU/CSU) bzw. in seiner Stellvertretung einer der Vizepräsidenten ebenfalls ohne Stimmrecht.

Auch in der 20. Wahlperiode, am 11. November 2021, wurde ein Hauptausschuss mit je 31 ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern eingesetzt. Die SPD erhielt 9 Sitze, CDU/CSU 8, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5, die FDP 4, die AfD 3 und DIE LINKE. 2. Den Vorsitz übernahm Bundestagspräsidentin *Bärbel Bas* (SPD) bzw. in seiner Stellvertretung einer der Vizepräsidenten ebenfalls ohne Stimmrecht. Der Hauptausschuss wurde mit der Konstituierung der ständigen Ausschüsse am 15. Dezember 2021 aufgelöst.

Bis zum Jahre 2013 dauerte die Regierungsbildung, also der Zeitraum vom Tag der Bundestagswahl bis zur Vereidigung des Kabinetts, durchschnittlich 37,9 Tage. Hatte nun die Regierungsbildung, im 18. Deutschen Bundestag noch 86 Tage gedauert, kam es im 19. Bundestag sogar erst nach 171 Tagen und im 20. Deutschen Bundestag nach 73 Tagen zur Regierungsbildung (vgl. dazu Kapitel 6.7 Regierungsbildung).

¹ *Thomas Hadamek*, Der Hauptausschuss im 18. Deutschen Bundestag, in: Zeitschrift für Gesetzgebung, 29. Jg. (2014), S. 353 – 366.

Wahlperiode	Einsetzung des Hauptausschusses a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Beschlussfassung (PIPr)	Sitzungen des Hauptausschusses a) erste b) letzte c) Anzahl	Zeitraum vom Einsetzungsbeschluss bis zur Regierungsbildung	Berichte und Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses Nr. der Drucksache
18. WP 2013–2017	a) 18/101 b) CDU/CSU, SPD c) 3. Plenarsitzung am 28.11.2013	a) 28.11.2013 b) 18.12.2013 c) 3	28.11.2013 bis 15.1.2014	18/112, 18/113, 18/177, 18/200
19. WP 2017–2021	a) 19/85 b) CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, B 90/GR c) 3. Plenarsitzung am 22.11.2017	a) 22.11.2017 b) 30.1.2018 c) 6	22.11.2017 bis 31.1.2018	19/174–19/178, 19/187, 19/192, 19/193, 19/205, 19/206, 19/267, 19/586, 19/595
20. WP 2021–	a) 20/26 b) SPD, B 90/GR, FDP c) 2. Plenarsitzung am 11.11.2021	a) 11.11.2021 b) 9.12.2021 c) 7	11.11.2021 bis 15.12.2021	20/75–20/78, 20/89, 20/246, 20/247, 20/250, 20/259, 20/265

Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Parlamentsdokumentation